



# **GRÜNE**

## **Plattform**

## **Nationalratswahlen 2003**

**ökologisch.konsequent**

**sozial.engagiert**

**global.solidarisch**

## Impressum:

Bern, Juni 2003

Die Grüne Freie Liste, das Grüne Bündnis, die Grüne Partei Bern und die Junge Alternative treten mit einer gemeinsamen Liste zu den Nationalratswahlen an. Die Wahlplattform wurde in einer gemeinsamen Wahlgruppe erarbeitet und von den beteiligten Parteien verabschiedet.

In der Wahlgruppe arbeiten mit: Annette Brunner, Christine Häsler, Herbert Karch, Nico Lutz, Regula Rytz, Johanna Wälti-Schlegel, Daniele Jenni

## Für weitere Informationen:

**Grüne Freie Liste**      Waisenhausplatz 21  
3011 Bern  
Tel. 031 311 87 01  
Fax. 031 312 66 62  
gfl@gfl.ch  
www.gfl.ch

**Grünes Bündnis**      Postfach 6411  
3001 Bern  
Tel. 031 301 82 09  
Fax 031 302 88 78  
sekretariat@gbbern.ch  
www.gbbern.ch

**Grüne Partei Bern**      Postfach  
3001 Bern  
Tel. 031 311 01 07  
Fax 031 312 23 06  
gpb@gruene.ch  
www.gruenepost.ch

**Junge Alternative JA!**      Postfach 6874  
3001 Bern  
Tel. 031 301 82 09  
Fax 031 302 88 78  
info@jungealternative.ch  
www.jungealternative.ch

Die Grünen sind im Aufwind. Bei den Wahlen in verschiedenen Kantonen haben sie in den letzten Monaten deutlich zugelegt - zu Recht. Grüne Politik ist nachhaltig, konsequent und verantwortungsvoll. Es sind die Grünen, die sich beharrlich für den ökologischen Umbau der Gesellschaft einsetzen. Es sind die Grünen, die sich konsequent dagegen wehren, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden. Es sind die Grünen, die sich für eine solidarischere Welt engagieren, die Bewegungen für globale Gerechtigkeit statt Kriegspolitik mittragen und sich konsequent für die Grundrechte einsetzen.

Im Kanton Bern hatten die Grünen in den vergangenen Jahren verschiedene Erfolge zu verzeichnen: Dem beharrlichen Widerstand der Grünen ist es zu verdanken, dass sich der Kanton Bern eine sinnlose und ökologisch fahrlässige Olympiakandidatur ersparen kann. Am Anfang waren die Grünen alleine mit ihrer Opposition, am Schluss lehnten drei Viertel der Stimmberechtigten den Olympia-Kredit ab.

Dank dem Referendum der Grünen haben die BernerInnen auch die neue Luxusstrasse zum Flughafen Belpmoos abgelehnt. Die Grünen haben damit einen wichtigen Sparbeitrag geleistet, sich auf der anderen Seite aber gegen kurzsichtige Abbaumassnahmen insbesondere im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich gewehrt.

Auch auf eidgenössischer Ebene hat grüne Politik ihre Wirkung: Grüne waren bei der Lancierung des erfolgreichen Referendums gegen das Elektrizitätsmarktgesetz beteiligt. Grüne haben sich als erste Partei für die Gentechnikfrei-Initiative engagiert, sich für Sans-Papiers eingesetzt und die Proteste gegen den amerikanischen Angriffskrieg im Irak mitorganisiert. Grüne haben mit ihrer Initiative Energie statt Arbeit besteuern einen konkreten

Vorschlag für die sichere Finanzierung der Sozialwerke unterbreitet. Grüne haben wichtige Impulse in der Familien-, Umwelt- oder Bildungspolitik ausgelöst.

Es wird noch viel zu tun geben in den kommenden Jahren. Die Förderung von erneuerbaren Energien, der Kampf gegen den drohenden Ausbau der Nationalstrassen, die Sicherung der Sozialwerke zugunsten der Schwächeren in der Gesellschaft, die Verteidigung der Grundrechte - das alles sind Gründe, uns politisch einzusetzen. Wer eine ökologisch konsequente, sozial engagierte und global solidarische Politik in der Schweiz stärken will, wählt grün.

Bei den Nationalratswahlen vom 19. Oktober 2003 treten alle grünen Parteien im Kanton Bern und die Junge Alternative mit einer gemeinsamen Liste an und betonen damit die Gemeinsamkeiten. Diese gewichten viel mehr als Differenzen in einzelnen Fragen. Die gemeinsam verabschiedete Wahlplattform wird auf den folgenden Seiten vorgestellt.

Gemeinsam setzen sich die Grüne Freie Liste, das Grüne Bündnis, die Grüne Partei Bern und die Junge Alternative für eine starke grüne Vertretung des Kantons Bern im Nationalrat und Ständerat ein. Das erklärte Ziel ist es, ein drittes Nationalratsmandat und im Ständerat gemeinsam mit der SP einen rotgrünen Sitz zu erringen. Es ist ein ehrgeiziges aber ein vernünftiges und auch notwendiges Ziel - in Interesse einer ökologischen, sozialen und lebenswerten Gesellschaft.

## Umweltgerechte Mobilität und saubere Energie

In ökologischen Fragen haben die Grünen vieles erreicht, oft waren sie der Realität um einige Jahre voraus. Grün weist den Weg. So haben wir bereits vor zwanzig Jahren Tempo 30 innerorts gefordert und wurden als realitätsfremd belächelt. Heute ist der Begriff „Begegnungszone“ mit Tempo 20 in die Strassenverkehrsgesetzgebung aufgenommen und wird umgesetzt. Doch es gibt noch immer viel zu tun.

**Mobilität:** Je attraktiver der öffentliche Verkehr ist, desto mehr Menschen steigen um. Dies zeigt die neuste Studie über die Mobilitätsentwicklung in der Schweiz. Deshalb fördern wir konsequent den umweltfreundlichen Fuss- und Veloverkehr und überall – auch auf dem Land – den öffentlichen Verkehr. Besonders wichtig ist uns die attraktive Schliessung von Mobilitätsketten, z.B. mit Velostationen an allen wichtigen Bahnhöfen und S-Bahn-Stationen. Auch der Güterverkehr über grössere Distanzen und der Transitverkehr gehören auf die Schiene. Neben Ausbau und Verbesserungen der Bahninfrastruktur braucht es einschneidende Lenkungsabgaben für den Strassentransport. Die indirekten Kosten des motorisierten Individualverkehrs (Umweltbelastung, soziale Kosten usw.) sollen nicht wie bisher durch die Allgemein-

heit berappt, sondern über die Treibstoffpreise abgegolten werden. Anstatt Milliarden in neue Autobahnen und Strassentunnels zu verlocken, braucht es Förderungs-massnahmen für den umweltfreundlichen Agglomerationsverkehr und den öffentlichen Verkehr. Dazu sollen auch Mittel aus der Treibstoffzollkasse und der LSVA eingesetzt werden.

**Energiepolitik:** Auch nach der Ablehnung der Atominitiativen besteht grosser Handlungsbedarf. Die Risiken der Atomenergie sind immer noch unverantwortlich hoch und das Atommüllproblem ist weltweit ungelöst. Die Förderung von erneuerbarer Energie und die Erhöhung von Energieeffizienz muss deshalb unvermindert weiter gehen. Die Schweiz kann hier eine führende Rolle spielen, denn sie verfügt über genügend Know-how und alternative Energiequellen: eine naturverträgliche Nutzung der Wasserkraft, Wärmepumpen sowie die Förderung von Solar- und Windenergie versorgen die Schweiz mit genügend sauberem Strom. Die Schweiz war bei den Alternativenenergien einmal führend. Diese Vorreiterrolle müssen wir wieder zurück erobern und den KMU's innovative Exportchancen und dadurch neue Arbeitsplätze ermöglichen.

## Gesunde Nahrung – ökologische Landwirtschaft

Immer mehr KonsumentInnen wissen, warum sie ökologische Produkte kaufen und auf genmanipulierte Nahrungsmittel verzichten. Die Grünen haben sich vor allen anderen Parteien konsequent für die Förderung der biologischen Landwirtschaft eingesetzt. Für die Schweizer Bauern ist Biolandbau die beste wirtschaftliche Perspektive. Aufgrund der kleinräumigen Bedingungen und naturgegebenen Erschwernisse würde die Schweizer Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb um die billigsten Agrarprodukte den Kürzeren ziehen. Die Grünen halten es für erfolversprechender, auf qualitativ hochwertige und gesunde biologische Produkte zu setzen. Von Bund und Kantonen fordern die Grünen, dass die finanzielle Unterstützung an die Bauernbetriebe abhängig gemacht wird von biologischem Anbau, Leistungen für Landschaftspflege, Gewässerschutz und artgerechter Tierhaltung. Am Markt sind faire Preise nötig, welche die Produktionskosten abgelten. Nur so bleibt die Kulturlandschaft ein angenehmer Lebensraum für die Bevölkerung.

Die Grünen werden sich auch in Zukunft hartnäckig gegen genmanipulierte Nahrungsmittel einsetzen. Einerseits, weil Gentechnik mit unkalkulierbaren Risiken verbunden ist. Andererseits, weil der Patentschutz zugunsten grosser Konzerne für die Bauern, insbesondere bei weiten Teilen der ärmeren Weltbevölkerung, eine existenzielle Bedrohung darstellt.

Die Grünen sind Trägerorganisation der Gentechfrei-Initiative, für die im Rekordtempo 100'000 Unterschriften gesammelt wurden. Die Initiative verlangt ein Moratorium für kommerzielle Gentech-Anwendungen in der Landwirtschaft. Die Agroindustrie soll nicht neue Sachzwänge schaffen können.

Die Grünen haben einer schärferen Deklarationspflicht zum Durchbruch verholfen, um KonsumentInnen vor Täuschung zu schützen. Wo Bio drauf steht, muss auch Bio drin sein. Auch bei Landwirtschaft und Lebensmitteln gilt: Die Grünen sind eine Nasenlänge voraus, doch am Schluss wollen und müssen wir für unsere Lösungsvorschläge Mehrheiten finden.

## Soziale Sicherheit für alle Generationen

**Soziale Sicherheit:** Es ist neuerdings ein beliebtes Spiel, die Generationen, die Jungen und die Alten, gegeneinander auszuspielen. Doch den Grünen ist die „Generationsbilanz“ als Grundlage für Entscheide im sozialen Bereich wichtig. Wir verteidigen die Solidarität zwischen den Generationen und setzen uns für eine sichere AHV genauso ein wie für neue Lehrstellen, Stipendien oder eine Mutterschaftsversicherung. Jedes Lebensalter braucht seine Sicherheitsnetze. Diese Netze sind durch die Spar- und Umverteilungspolitik der bürgerlichen Parteien bedroht.

Der grösste Sozialabbau wird heute in der Alterssicherung vorbereitet. Der Bundesrat will mit dem Mischindex in der AHV die Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung abschaffen. Und die Frühpensionierung können sich heute nur die Gutsituierten leisten. Wir Grünen lassen es nicht zu, dass die Rentnerinnen und Rentner jeden Rappen zweimal umdrehen müssen und werden die Abschaffung des Mischindex bekämpfen. Die AHV muss nicht ab-, sondern ausgebaut werden, z.B. durch eine 13. AHV-Rente und die Möglichkeit zur Frühpensionierung.

Finanziert werden kann dies unter anderem durch den Verzicht auf Steuersenkungen für die Reichen.

**Familienpolitik:** Die Ablehnung der Steuersenkung für reiche Familien ist keine Absage an eine sozialere Familienpolitik, im Gegenteil: Die Grünen haben ein umfassendes Programm zur Unterstützung von Familien und zur Verhinderung von Familienarmut vorgelegt. Wir fordern einheitliche und höhere Kinderzulagen in der ganzen Schweiz, die Einführung einer Mutterschaftsversicherung, die Entlastung von Kindern bei den Krankenkassenprämien, die Unterstützung von familienbegleitender Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch kinderfreundliche Arbeitszeitmodelle. Das beste Mittel gegen die neue Familienarmut sind existenzsichernde Löhne. Wir wollen keine astronomischen Salläre für die Chefetagen, sondern gerechte und gleiche Löhne für Frauen und Männer.

## Klug wirtschaften, gesunde Finanzen und ein attraktiver Service Public

Die Grünen setzen auf qualitatives und nicht blind auf quantitativ ausgerichtetes Wachstum. Grüne Politik schafft nachhaltige Arbeitsplätze, z.B. mit neuen Umwelttechnologien. Damit wir den Weg aus der Wirtschaftskrise finden, sind neben einer klugen Finanz- und Konjunkturpolitik gezielte Investitionen in Bildung, Kultur und in innovative Technologien nötig. Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit müssen gerechter verteilt werden. So kann auch der unfreiwilligen Erwerbslosigkeit entgegen gewirkt werden.

Gegen die Finanzprobleme der öffentlichen Hand ist eine Steuerpolitik durchzusetzen, die den Superreichen und Finanzjongleuren keine Schlupflöcher mehr bietet. Auf gesamtschweizerischer Ebene braucht es eine materielle Steuerharmonisierung und eine Erbschaftssteuer. Nirgendwo in Europa entscheidet der Wohnort so stark über die Steuerbelastung wie in der Schweiz. Auch der Weg zur ökologischen Steuerreform ist konsequent weiterzugehen, damit Energie verteuert und Arbeit entlastet wird. Die grüne Initiative "Energie statt Arbeit besteuern" hat wegweisende Impulse gegeben. Gute Ideen brauchen aber in der Schweiz traditionelle mehrere Anläufe.

Eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität sind neben den Massnahmen gegen Lohndumping

qualitativ gute und erschwingliche öffentliche Dienstleistungen. Davon profitiert auch die Wirtschaft. Die Grünen lehnen einen Ausverkauf des Service Public ab, der auf Kosten der Randregionen, des Personals und der Chancengleichheit geht. Eine demokratische Gesellschaft muss den gleichberechtigten Zugang aller zu Verkehrs- und Kommunikationsnetzen, zu Bildung und Gesundheit gewährleisten. Die Wahrung dieser Rechte kann nicht an gewinnorientierte Unternehmen delegiert werden. Mit der von den Grünen unterstützten Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes hat sich gezeigt: Widerstand lohnt sich und ist auch weiter notwendig. Im Rahmen der WTO-GATS-Verhandlungen droht eine weitergehende Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen. Dagegen wehren sich die Grünen entschieden.

## Bildung, Kultur und Gesundheit für alle

**Bildung:** Wissen ist Macht und Bildung die Grundlage für gesellschaftliche Entwicklung. Trotzdem stagnieren die Bildungsausgaben. Auch der Zugang zu Bildung wird durch Gebühren oder Zulassungshürden (NC) immer stärker eingeschränkt. Für die Grünen ist klar: Das Grundrecht auf kostenlose Schul- und Berufsbildung sowie ein umfassendes Angebot an Weiterbildungsangeboten muss für alle garantiert sein. Zu den Grundleistungen der Bildung gehört ein qualitativ hochstehendes Schul- und Ausbildungsangebot ab dem 4. Lebensjahr (Basisstufe) bis mindestens zum Abschluss auf der Sekundarstufe II (Mittelschule oder Berufsschule). Die Hochschul- und Erwachsenenbildung ist im Hinblick auf die wachsenden Anforderungen im Erwerbsleben zu fördern, besser zu koordinieren und durch Stipendien zu unterstützen.

Auf Druck der Grünen, der SP und einem Teil der Bürgerlichen haben Bundesrat und Parlament beschlossen, wieder mehr Geld in die Bildung und Forschung zu investieren. Damit es so bleibt, braucht es weiterhin unser Engagement. Neben den Impulsen für die Bildung muss auch die Kultur gestärkt werden. Sie hat eine wichtige

Funktion bei der Integration von sprachlichen und anderen Minderheiten und ist ein offenes Fenster zur Welt und ein Kristallisationspunkt für Innovation und Kritik.

**Gesundheit:** Gesundheit ein zentrales öffentliches Gut. Massnahmen zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen sowie der Familien sind nötig, um die Belastung der steigenden Krankenversicherungsprämien zu verringern. Dazu müssen wir auch die Kosten in den Griff bekommen. Die Grünen haben ein umfassendes Gesundheitspapier mit konkreten Vorschlägen veröffentlicht. Prävention und gesunde Lebensbedingungen nehmen darin eine wichtige Stellung ein, ebenso die Förderung der Alternativmedizin, die Planung und Koordination der Spitzenmedizin, billigere Medikamente (z.B. Generika) und Transparenz und Kontrollen. Die Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen gehört zu einer die Krankenversicherungsprämien beeinflussenden Strategie des Agierens und nicht des Reagierens. Wir fordern deshalb auch hier Ursachen- anstelle der nachträglichen und teureren Symptombekämpfung.

## Grundrechte sichern – gesellschaftliche Spannungen abbauen

Rechtspopulistische Politiker reden der Bevölkerung ein, dass die Sicherheit in der Schweiz durch die Einwanderung bedroht sei. Die Grünen orientieren sich an Fakten und nicht an Schlagworten. Tatsache ist, dass die Gesellschaft und die Wirtschaft ohne zugewanderte Arbeitskräfte vor grössten Problemen stehen würden. Tatsache ist auch, dass MigrantInnen heute mehr in die Sozialversicherungen einzahlen als sie über Renten zurückerhalten.

Die Schweiz ist keine Insel. Anstatt einer unrealistischen Abschottung verlangen die Grünen, dass unerwünschte Begleiterscheinungen der Migration besser aufgefangen werden. Die Erleichterung der Einbürgerung würde aus einer grossen Zahl von MigrantInnen das machen, was sie längst sind: Schweizerinnen und Schweizer. In keinem europäischen Land ist das Einbürgerungsverfahren so kompliziert wie in der Schweiz.

Damit die Einwanderung nicht zu Lohndumping und Schwarzarbeit führt, müssen die demokratischen Rechte und Arbeitsbedingungen klar geregelt werden. Die Grünen tragen die Forderungen der Gewerkschaften mit, dass flankierende Massnahmen zu den bilateralen Verträgen mit der EU nötig sind. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen ist das beste Rezept gegen „Überfremdungs-

ängste“. Die Grünen fordern deshalb auch, dass die Kontrollmöglichkeiten mit der EU-Osterweiterung noch verbessert werden.

Die von der Globalisierung der Wirtschaft verursachten Schäden lösen in der Bevölkerung berechnete Ängste aus. Die Profiteure der Umwälzungen nutzen diese Verunsicherung, um von den wahren Ursachen abzulenken und eine Bedrohung durch Aussenseiter und demonstrierende Jugendliche heraufzubeschwören. Diese Strategie zielt auf den Abbau von Grundrechten, Justizgarantien und demokratischen Einflussmöglichkeiten ab. So wird versucht, die Abhörmöglichkeiten im Telekommunikationsbereich zu erweitern, die Kundgebungs-freiheit einzuschränken oder das Recht auf Verbandsbeschwerden und Mitsprache im Umwelt- und Atomrecht abzubauen. Für die Grünen sind die Grundrechte die Basis jeder Demokratie, die es zu sichern und gegen Angriffe zu verteidigen gilt.

## Endlich Gleichstellung

Frauen bestimmen bei den Grünen die Politik aktiv mit. Überall nehmen sie ihren Einfluss und ihre Verantwortung wahr. Dies ist noch keine Selbstverständlichkeit. Nach wie vor sind Frauen benachteiligt und in wichtigen Positionen untervertreten: auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, in der Politik. Kein rühmliches Zeugnis hat jüngst ein UNO-Bericht der Schweiz in Sachen Gleichstellung ausgestellt. Die Empfehlung: Die Schweiz müsse weitere Schritte für die Umsetzung der Gleichstellung tun. Ein gutes Gleichstellungsgesetz allein genüge nicht. Im Erwerbsleben kämpfen Frauen mit tieferen Löhnen und kleinen Teilzeitpensen. Das hat Konsequenzen für die soziale Sicherung im Alter. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss daher eine Selbstverständlichkeit sein und Lohntransparenz Klarheit schaffen. Auch in traditionellen Frauenberufen müssen Frauen von ihren Löhnen leben können, daher setzen wir Grünen uns mit den Gewerkschaften für anständige Löhne ein. Gerade auch für Migrantinnen, die am stärksten diskriminiert sind. In den letzten Jahren hat der Bund junge Frauen bei der Berufswahl mit speziellen Programmen für wissenschaftliche und technische Berufe sowie Informatik moti-

viert. Es braucht weitere Anstrengungen, damit junge Frauen gute Ausbildungschancen und Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben. Bund und Wirtschaft sollen zudem familienfreundliche Arbeitsmodelle anbieten. Neben dem Mutterschafts- soll auch ein Vaterschaftsurlaub die Chance für neue partnerschaftliche Rollenteilung öffnen. Es braucht nach wie vor Tagesschulen, Kinderkrippen und ein kinderfreundliches Wohnumfeld, damit erwerbstätige Eltern Beruf und Familie teilen können.

Eine alte und dennoch aktuelle Forderung der Frauenbewegung ist der Schutz von Frauen (und Kindern) vor häuslicher Gewalt. Der Staat muss Frauen schützen, die Täter zur Verantwortung ziehen und weitere Gewalttaten verhindern. Dazu braucht es auf Bundesebene ein Gewaltschutzgesetz.

Wir Grünen wissen: Die tatsächliche Gleichstellung für Frauen muss Schritt für Schritt durchgesetzt werden. Gleichstellung darf kein Luxusgut für smarte Jungmanagerinnen werden. Alle Frauen haben ein Anrecht darauf.

## Gerechtigkeit globalisieren – Solidarität statt Kriegspolitik

Weltweit werden die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Die 350 reichsten Milliardäre besitzen mehr Vermögen als die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Die ungleiche Verteilung von Lebenschancen führt zu Krisen und Verteilungskonflikten. Die Nato und insbesondere die USA wollen diese mit einer repressiven Konfliktkontrolle eindämmen. Sie bauen weltweit einsetzbare Eingriffstruppen zur Durchsetzung eigener Interessen aus. Grüne Politik dagegen setzt auf Ausgleich und Solidarität. Sie stellt die Stärke des (Völker-)Rechts dem Recht der Stärken entgegen. Die Grünen haben sich entschieden gegen die „präventiven“ Angriffskriege gegen Afghanistan und Irak gewehrt und lehnen den Anschluss der Schweiz an eine von der Nato geführte repressive Konfliktpolitik ab. Die Schweiz hat eine ganze Reihe von konkreten Möglichkeiten, auf eine gerechtere Politik hinzuwirken: Nach wie vor gibt die Schweiz unterdurchschnittlich wenig für Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung aus. Nach wie vor verteidigt die Schweiz in internationalen Gremien wie der WTO einseitig eigene wirtschaftliche Interessen. Sie verhindert, dass die ärmsten Länder der Welt überlebenswichtige Medikamente zu bezahlbaren Preisen produzieren können, um die Profite der Schweizerischen Pharmaindustrie zu sichern. Und nach wie vor spielt die Schweiz Bank für diktatorische Regimes sowie skrupellose Steuerhinterzieher und unterstützt im Rahmen der

WTO-Verhandlungen die Profitinteressen der Schweizer Kapitalbesitzer.

Grüne Politik ist zivile und weltoffene Politik. Die Grünen haben den Beitritt der Schweiz zur Uno befürwortet und stehen auch für eine weitergehende Integration in ein demokratischeres Europa ein. Aktuell hat die EU eine ganze Reihe von gravierenden Defiziten und Mängeln. Darum sind für einen EU-Beitritt umfangreiche und griffige flankierende Massnahmen zwingende Voraussetzung. Noch wichtiger als eine Integration in die Europäische Union ist jedoch der Auf- und Ausbau einer europäischen und weltweiten Zivilgesellschaft, die gemeinsam und verbindlich politische Korrekturen einfordern kann. Als Grüne verstehen wir uns als Teil dieser Bewegung von unten.

